

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 187. Ratssitzung vom 18. September 2013

4280. 2013/38

**Motion von Simone Brander (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom
06.02.2013:**

**Verordnung für eine demokratische Mitsprache in der Regionalen Verkehrs-
konferenz (RVK)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Simone Brander (SP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3601/2013): Der Vorstoss hat zum Ziel, die regionale Verkehrskonferenz Zürich zu demokratisieren. Ich möchte auf zwei Auslöser für die Motion eingehen. Am Bahnhof Wipkingen werden viele Verbindungen abgebaut. Dies wurde in der Quartierbevölkerung stark kritisiert. Seitens der regionalen Verkehrskonferenz wurde darauf reagiert und der Präsident des Quartiervereins wurde an die letzte Sitzung eingeladen. Er fühlte sich dort nicht ernst genommen. Der zweite Auslöser für die Motion ist der Gemeinderat. Es wurde in der Vergangenheit eingehend über Fahrpläne diskutiert, allerdings konnten diejenigen Vorstösse, die dem Stadtrat überwiesen wurden, vom Gemeinderat im Anschluss lediglich abgeschrieben werden. Dies ist für den Gemeinderat unbefriedigend. Der Stadtrat begründet die Entgegennahme als Postulat auch mit juristischen Fragen. Regionale Verkehrskonferenzen wurden eingeführt um breit abgestützte Lösungen zu finden, auch durch Kommunikation mit der Bevölkerung und privaten Interessensorganisationen. Im Paragraph 8 der Fahrplanverordnung wird deutlich festgehalten, dass die Stadt Zürich für ihre Regionale Verkehrskonferenzen eine eigene Organisation schafft. Dies gibt uns den nötigen Spielraum, auf städtischer Ebene mittels einer Verordnung die Organisation der Regionalen Verkehrskonferenz zu regeln. Aufgrund der juristischen Ausführungen des Stadtrats ist somit für mich nicht nachvollziehbar, weshalb die Motion nicht umsetzbar sein sollte. Auch für die VBZ wäre eine demokratischere Organisation ein Vorteil, da Fahrplanänderung in einer solchen breit abgestützteren Regionalen Verkehrskonferenz nachvollziehbarer begründet und auch besser akzeptiert werden könnten. Ich anerkenne die Absicht des Stadtrats, ein neues Konzept zur Organisation der Regionalen Verkehrskonferenz zu erarbeiten, dies geht mir aber zu wenig weit.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Die Erwartungen an die Fahrplankonferenz sind zu hoch. Der Verkehrsbetrieb legt den Fahrplan fest. Die Fahrplanverordnung wurde vom Regierungsrat festgelegt und dieser muss auch eine allfällige Änderung vollziehen. Die Verordnung regelt die Aufgaben der regionalen Verkehrskonferenz und die Art, wie die Interessen der Gemeinden, regionalen Institutionen berücksichtigt werden sollen. Der Verkehrsverbund legt die finanziellen und strategischen Vorgaben zur Entwicklung des Fahrplanes fest, der kantonale Verkehrsverbund prüft das Angebotskonzept und die marktverantwortlichen Unternehmungen planen im Auftrag des Verkehrsverbunds das Angebot und den Fahrplan. Danach können die Gemeinden und die regionalen Planungsverbände Begehren stellen. Die Verkehrskonferenz ist nicht rechtsmittelegitimiert. Wenn der Kanton etwas anderes bestimmt als die Verkehrskonferenz, kann dagegen kein Rechtsmittel ergriffen werden. Gemeinden können Rechtsmittel ergreifen, auch hier sind die Kompetenzen klar definiert. Diese Struktur ist nicht mit dem Wunsch nach maximaler Demokratisierung in der Regionalen Verkehrskonferenz vereinbar. Es ist nicht vorgesehen, die Bevölkerung und Interessenvereinigungen einzubeziehen. Quartiervereine haben zusätzlich zu den Anhörungen Mitwirkungsmöglichkeiten bei runden Tischen und Aussprachen bei der Verwaltung. Diese Motion lässt sich nicht umsetzen. Ich habe der Verwaltung den Auftrag erteilt, das Reglement zu überarbeiten, deshalb ist der Stadtrat bereit, dieses Anliegen als Postulat entgegenzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): *Die demokratische Kontrolle des öffentlichen Verkehrs ist gewährleistet. Die demokratische Mitsprachemöglichkeit hat den Bau weiterer Gleise am Bahnhof Wipkingen verhindert, deshalb fahren dort jetzt weniger Züge. Einen Fahrplan sollte man von oben anschauen. Die SVP lehnt diese Motion ab, auch als Postulat.*

Martin Bürki (FDP): *Die Erfahrung meines Quartiervereins im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem ZVV ist sehr negativ. Wir fühlen uns nicht ernst genommen. Der ZVV bezeichnet vieles als technisch nicht möglich, teils ist dies nicht zutreffend. Die Motion ist nicht der richtige Weg. Wir wünschen uns Vertreter der Stadt, die uns zuhören und vernünftige Antworten geben. Wir fordern eine Umwandlung der Motion in ein Postulat.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Wir haben keine überzogenen partizipativen Ansprüche. Wir wollen lediglich, dass die regionale Verkehrskonferenz Zürich als Sonderfall ein Organisationsreglement bekommt, das dem Modell und Zweck einer Verkehrskonferenz gerecht wird. Wir kommen zu anderen Schlüssen als Stadtrat Andres Türler. Eine regionale Verkehrskonferenz ist als Konsultativgremium durch ihre weitgefächerte Zusammensetzung ein wichtiges Instrument, um divergierende Interessen anzugehen. Es ist fraglich, ob die jetzige Zusammensetzung einer regionalen Verkehrskonferenz gerecht werden kann. Das Postulat fordert keine Vertretung aller*



3 / 3

Quartiersvereinspräsidenten, es wäre auch eine Aufteilung auf Nord, Süd, West und Ost möglich.

Christian Traber (CVP): *Die CVP wird diesen Vorstoss auch nur dann unterstützen, wenn er in ein Postulat umgewandelt wird. Die heutige Zusammensetzung der Regionalen Verkehrskonferenz ist für Zürich suboptimal. Die Stadt hat dort nur einen Vertreter. Das Vertrauen der Quartiersvereine in den Stadtrat ist nicht gut. Wir müssen eine bessere Vertretung der Stadt in der Regionalen Verkehrskonferenz finden.*

Simone Brander (SP) *ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Mit dieser Motion sollen die Treffen und Massnahmen ausserhalb der Regionalen Verkehrskonferenz nicht reduziert werden.*

Die Motion wird mit 65 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat